

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu/Sabine Pokorny

- › Das Wahlergebnis markiert einen Umbruch in der Wählerlandschaft, dessen Konturen sich schon länger abzeichnen. Vor allem die Wechselwahlbereitschaft hat die Wahl entschieden. Die Wechselwahl vollzieht sich längst nicht mehr zwischen politischen Lagern wie Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, sondern geht kreuz und quer durch die politischen Anhängerschaften. Zudem steigt der Anteil von Wahl zu Wahl an. Bei dieser Wahl waren im Vorfeld der Wahl ca. drei Viertel der Wählerschaften der Parteien wechselbereit.
- › Merkmale dieser Wahl sind das schwache Abschneiden der Union bei Gewinnen der Grünen, SPD und der FDP, während die politischen Ränder verlieren (die AfD schwach und die Linke deutlich).
- › Personalisierungstendenzen zeigen sich zwar beim Wahlergebnis der SPD. Allerdings sind die Ausstrahlungseffekte auf die Wahrnehmung der Partei gering. Bei der Union werden hingegen Partei und Spitzenkandidat schlechter bewertet als bei der Vorwahl 2017. Die Grünen schnitten zwar besser ab als bei der Vorwahl, blieben aber hinter den Erwartungen zurück. Im wichtigen Politikfeld der Umwelt- und Klimapolitik haben sie gegenüber 2017 sogar an Kompetenz eingebüßt.

Inhaltsverzeichnis

Die Bundestagswahl in Deutschland 2021 **3**

- 1. Das Wahlergebnis 3
- 2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung 5
- 3. Sozialstruktur und Wählerwanderung..... 9

Impressum **13**

- Die Autorinnen..... 13

Die Bundestagswahl in Deutschland 2021

1. Das Wahlergebnis

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 ist die Wahlbeteiligung zum dritten Mal in Folge leicht gestiegen auf 76,6 Prozent (+0,4 Prozentpunkte).

Durch Überhang- und Ausgleichsmandate wird der Deutsche Bundestag 736 Abgeordnete umfassen.

Die **SPD** gewinnt 5,2 Punkte hinzu und wird mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen stärkste Kraft. Bereits 2013 erzielte die SPD 25,7 Prozent der Zweitstimmen. Dies entspricht dem drittschlechtesten Ergebnis seit 1949. Bei den Erststimmen kommt die SPD auf 26,4 Prozent. Das ist ein Plus von 1,8 Punkten. Damit entsendet die SPD 206 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag (+53), von denen 121 direkt gewählt sind. Das ist ein Plus von 62 Direktmandaten, die 2013 alle an die CDU gegangen waren. Gleichzeitig hat die SPD aber auch vier Wahlkreise an die Grünen (Bonn, Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg-Altona, Berlin-Mitte) verloren und einen an die CDU (Märkischer Kreis II). Von den 206 Mandaten der SPD sind 36 Ausgleichsmandate.

In Westdeutschland kann die SPD ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis einfahren (26,1 Prozent), während sie in Ostdeutschland unterdurchschnittlich abschneidet (24,1 Prozent). In den Bundesländern schneidet die SPD am besten im Saarland ab mit 37,3 Prozent, am schlechtesten in Bayern, wo sie nur 18,0 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereint. Auf Wahlkreisebene erzielt die SPD ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Aurich-Emden mit 43,3 Prozent, das schlechteste mit 13,5 Prozent in Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach. Die höchsten Zuwächse erzielt die SPD im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III (+15,4 Punkte). Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielt die SPD ebenfalls in Aurich-Emden mit 52,8 Prozent (Johann Saathoff). Olaf Scholz kann seinen Wahlkreis Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II mit 34,0 Prozent der Erststimmen direkt gewinnen und setzt sich damit gegen Annalena Baerbock durch (18,8 Prozent).

Die **Unionsparteien** werden zweitstärkste Kraft und erzielen gemeinsam 24,1 Prozent der Zweitstimmen. Das bedeutet ein Minus von 8,9 Punkten. Die CDU verliert 7,9 Punkte und kommt auf 18,9 Prozent, während die CSU 5,2 Prozent der Zweitstimmen erzielt (-1,0 Punkte). Damit fährt die Union ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Auch bei den Erststimmen muss die Union Verluste verbuchen. Die CDU erzielt 22,5 Prozent der Erststimmen (-7,7 Punkte), die CSU kommt auf 6,0 Prozent (-1,0 Punkte). Auf die CDU entfallen 152 Sitze (-48), darunter 98 Direkt- und 30 Ausgleichsmandate. Im Vergleich zu 2017 verliert die CDU 87 Direktmandate, davon 68 Mandate an die SPD, 9 an die Grünen und 13 an die AfD. Je einen Wahlkreis kann die CDU von der SPD (Märkischer Kreis II, Paul Ziemiak) und der Linken (Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Mario Czaja) gewinnen. Die CSU wird mit 45 Abgeordneten (-1) im Bundestag vertreten sein, die alle direkt gewählt sind. Ein Direktmandat verliert die CSU an die Grünen (München-Süd). 11 Sitze der CSU sind Überhangmandate.

In Westdeutschland schneidet die Union mit 25,6 Prozent (-8,5 Punkte) überdurchschnittlich, in Ostdeutschland mit 16,9 Prozent (-10,7 Punkte) unterdurchschnittlich ab. In den Bundesländern erzielt die CSU in Bayern das beste Unionsergebnis mit 31,7 Prozent. Die CDU erzielt ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 26,0 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Am schwächsten schneidet die CDU in Brandenburg ab, wo sie 15,3 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereint. Auf Wahlkreisebene erzielt die Union ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Cloppenburg-Vechta mit

38,5 Prozent, ihr schlechtestes Ergebnis in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost mit 7,0 Prozent. Die höchsten Verluste verzeichnet die Union im Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III (-17,1 Punkte), die geringsten Verluste in Nürnberg-Süd (-1,2 Punkte). Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielt die Union ebenfalls in Cloppenburg-Vechta mit 49,1 Prozent (Silvia Breher). Armin Laschet ist nicht als Direktkandidat in einem Wahlkreis angetreten und zieht über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den Bundestag ein.

Die **Grünen** werden drittstärkste Kraft. Mit 14,8 Prozent der Zweitstimmen und einem Zuwachs von 5,8 Punkten bleiben sie zwar hinter den Erwartungen und den Umfragen zurück, können aber ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei einer Bundestagswahl einfahren. Auch bei den Erststimmen verbuchen die Grünen mit +5,9 Punkten Gewinne und kommen auf 14,0 Prozent. Die Grünen werden mit 118 Abgeordneten (+51) im Bundestag vertreten sein, davon 16 Direktmandate (+15). 10 Wahlkreise gewinnen die Grünen von CDU und CSU, 4 von der SPD und einen von der Linken. Bei 24 Sitzen der Grünen handelt es sich um Ausgleichsmandate.

Die Grünen schneiden in Westdeutschland mit 16,0 Prozent deutlich besser ab als in Ostdeutschland, wo sie nur 9,1 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen können. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis in den Bundesländern erzielen die Grünen in Hamburg (24,9 Prozent), ihr schlechtestes in Sachsen-Anhalt (6,5 Prozent) bzw. im Saarland, in dem die Landesliste der Grünen nicht zugelassen wurde, sodass sie hier auch keine Zweitstimmen erlangen konnten. Auf Wahlkreisebene schneiden die Grünen im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost mit 36,7 Prozent der Zweitstimmen am besten ab, im Wahlkreis Erzgebirgskreis I mit 3,3 Prozent am schlechtesten. Hinzu kommen die saarländischen Wahlkreise mit jeweils 0 Prozent. Die höchsten Zuwächse verbuchen die Grünen im Wahlkreis Köln II (+16,4 Punkte). Ihr bestes Erststimmenergebnis erzielen die Grünen im Wahlkreis Stuttgart I (Cem Özdemir, 39,9 Prozent). Annalena Baerbock verliert in Potsdam mit 18,8 Prozent der Erststimmen gegen Olaf Scholz (34,0 Prozent), zieht aber über die Landesliste Brandenburg in den Bundestag ein.

Die **FDP** kann 11,5 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Das entspricht einem leichten Plus von 0,7 Punkten. Bei den Erststimmen verbucht die FDP ein Plus von 1,7 Punkten und erzielt 8,7 Prozent. Die FDP entsendet 92 Abgeordnete (+12) in den Bundestag, die alle über die Liste einziehen. 16 Sitze sind Ausgleichsmandate.

Die FDP erzielt in Westdeutschland (11,9 Prozent) ein besseres Zweitstimmenergebnis als in Ostdeutschland (9,5 Prozent). In den Bundesländern kann die FDP ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Hessen verbuchen mit 12,8 Prozent, ihr schlechtestes in Mecklenburg-Vorpommern mit 8,2 Prozent. In den Wahlkreisen schneidet die FDP mit jeweils 18,1 Prozent in Rottweil – Tuttlingen und Böblingen am besten ab, im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost mit 6,3 Prozent am schlechtesten. Die größten Zuwächse verzeichnet die FDP in Rottweil – Tuttlingen (+4,6 Punkte).

Die **AfD** zieht als fünftstärkste Partei zum zweiten Mal in Folge in den Bundestag ein. Sie verliert leicht und kommt auf 10,3 Prozent der Zweitstimmen (-2,3 Punkte). Auch bei den Erststimmen verliert sie 1,3 Punkte und erzielt 10,1 Prozent. Die AfD wird mit 83 Sitzen im Bundestag vertreten sein. Das sind 11 Sitze weniger als 2017. Die AfD kann 16 Direktmandate gewinnen. Das ist ein Plus von 13 Mandaten, die die AfD alle von der CDU gewinnen kann. Alle Direktmandate der AfD liegen in den ostdeutschen Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Bei 14 AfD-Sitzen handelt es sich um Ausgleichsmandate.

Die AfD schneidet in Ostdeutschland deutlich überdurchschnittlich ab mit 20,5 Prozent der Zweitstimmen. In Westdeutschland fährt sie mit 8,2 Prozent ein unterdurchschnittliches Ergebnis ein. In den Bundesländern erzielt die AfD ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Sachsen. Hier wird sie mit 24,6 Prozent stärkste Kraft. Ihr schlechtestes Zweitstimmenergebnis verzeichnet die AfD in Hamburg (5,0 Prozent). Auf Wahlkreisebene schneidet die AfD am besten in Görlitz ab (32,5 Prozent), am schlechtesten in Münster (2,9 Prozent). Die meisten Zuwächse verzeichnet die AfD im Wahlkreis Suhl – Schmalkalden-Meinungen – Hildburghausen – Sonneberg (+3,3 Punkte), die größten Verluste im Wahlkreis Leipzig I (-5,3 Punkte). Das beste Erststimmenergebnis kann die AfD in Görlitz für sich verbuchen mit 35,8 Prozent. Damit kann Tino Chrupalla seinen Wahlkreis Görlitz direkt gewinnen, Alice Weidel zieht über die Landesliste ins Parlament ein.

Die **Linke** verpasst erstmals seit 2002 wieder knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und erzielt 4,9 Prozent der Zweitstimmen. Gegenüber 2017 verliert die Linke 4,3 Punkte. Bei den Erststimmen verliert sie 3,6 Punkte und kommt auf 5,0 Prozent. Da die Linke 3 Direktmandate (Berlin-Lichtenberg, Berlin-Treptow-Köpenick, Leipzig II) gewinnen kann, zieht sie dennoch entsprechend ihres Zweitstimmenanteils in den Bundestag ein und wird mit 39 Abgeordneten vertreten sein (-30). Im Vergleich zu 2017 verliert die Linke 2 Direktmandate, je einen an die Grünen (Berlin-Pankow) und die CDU (Berlin-Marzahn-Hellersdorf). Im Wahlkreis Leipzig II gewinnt die Linke mit lediglich 22,8 Prozent das Direktmandat, das beste Erststimmenergebnis erzielt sie in Berlin-Treptow-Köpenick (Gregor Gysi, 35,4 Prozent). Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow ziehen über die Liste in den Bundestag ein.

Die Linke schneidet in Ostdeutschland mit 10,4 Prozent der Zweitstimmen deutlich besser ab als in Westdeutschland, wo sie nur 3,7 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen kann. Ihr bestes Zweitstimmenergebnis holt die Linke in Berlin und Thüringen mit je 11,4 Prozent, ihr schlechtestes in Bayern mit lediglich 2,8 Prozent. Auf Wahlkreisebene erzielt die Linke ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Berlin-Lichtenberg (18,2 Prozent), ihre schlechtesten in Donau-Ries und Deggendorf mit je 1,8 Prozent. Die geringsten Verluste verzeichnet die Linke im Wahlkreis Borken II (-1,7 Punkte), in dem sie allerdings auch nur auf 2,4 Prozent kommt. Die größten Verluste muss die Linke in Berlin-Lichtenberg hinnehmen (-11,1), auch wenn sie dort immer noch ihr bundesweit bestes Zweitstimmenergebnis holt.

Zusätzlich ist erstmals der **Südschleswigsche Wählerverband (SSW)** mit einem Sitz im Parlament vertreten. Der SSW erzielt bundesweit 0,1 Prozent der Zweit- und ebenfalls 0,1 Prozent der Erststimmen. Der SSW tritt lediglich in Schleswig-Holstein an und erzielt hier 2,0 Prozent.

Von den **sonstigen Parteien** kommen die Freien Wähler auf 2,4 Prozent (+1,4 Punkte), die Basis auf 1,4 Prozent und die PARTEI auf 1,0 Prozent (+0,0 Punkte), womit sie an der Parteienfinanzierung teilnehmen.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung¹

Das Wahlergebnis markiert einen Umbruch in der Wählerlandschaft, dessen Konturen sich schon länger abzeichnen. Die Folgen sind bei der Bundestagswahl 2021 zum ersten Mal in den Wahlergebnissen sichtbar. Vor allem die Wechselwahlbereitschaft hat die Wahl entschieden. Die Wechselwahl vollzieht sich längst nicht mehr innerhalb der politischen Lager wie Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, sondern geht kreuz und quer durch die politischen Anhängerschaften. Zudem

steigt der Anteil von Wahl zu Wahl an. Bei dieser Wahl waren im Vorfeld der Wahl ca. drei Viertel der Wählerschaften der Parteien wechselbereit.

Merkmale dieser Wahl sind das schwache Abschneiden der Union bei Gewinnen der Grünen, SPD und der FDP, während die politischen Ränder verlieren (die AfD schwach und die Linke deutlich). Auch bei der Verteilung der Direktmandate gibt es massive Veränderungen. Dominierten hier bislang vor allem die Kandidaten und Kandidatinnen der Union und der SPD, so können nun auch die Grünen und die AfD erhebliche Zugewinne verzeichnen. Andererseits verloren die politischen Ränder an Zweitstimmen (die AfD schwach und die Linke deutlich).

Personalisierungstendenzen zeigen sich zwar beim Wahlergebnis der SPD. Allerdings sind die Ausstrahlungseffekte auf die Wahrnehmung der Partei gering. Bei der Union werden hingegen Partei und Spitzenkandidat schlechter bewertet als bei der Vorwahl 2017. Die Grünen schnitten zwar besser ab als bei der Vorwahl, blieben aber hinter den Erwartungen zurück. Im wichtigen Politikfeld der Umwelt- und Klimapolitik haben sie gegenüber 2017 sogar an Kompetenz eingebüßt.

Mit der sich immer stärker verbreitenden Wechselbereitschaft der Anhängerschaften werden Wahlkampagnen vor immer größere Probleme gestellt. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung² nannte Ende 2020 nur ca. ein Viertel derjenigen mit einer Wahlabsicht keine weitere alternative Partei, die man sich auch vorstellen könnte zu wählen. Damit hatten ca. drei Viertel, derjenigen mit Wahlabsicht auch alternative Wahloptionen. In der Anhängerschaft der Union konnte sich etwa jeweils ein Fünftel vorstellen, entweder für die Grünen oder die SPD zu stimmen, weitere 13 Prozent nannten die FDP. Jeweils 2 Prozent wären bereit gewesen die Linke bzw. die AfD zu wählen.³ Auch bei den anderen Parteien ergaben sich große – nicht in die Logik politischer Lager passende – Überschneidungen im potenziellen Wahlverhalten. Diese Wanderungspotenziale haben sich bei der Bundestagswahl gewissermaßen materialisiert. Die Union verliert am stärksten Stimmen an die SPD, gefolgt von Verlusten an die Grünen. An dritter Stelle profitiert die FDP von der Union (Wählerwanderungsbilanz Infratest dimap).

Vorteile durch Stammwählerschaften haben sich so im Zeitverlauf nivelliert, lediglich die Anhängerschaft der AfD weist eine größere Bindung an die Partei auf. Fragt man nach der emotionalen Nähe zu Parteien, nämlich ob man Parteien mag oder sie ablehnt, zeigt sich, dass die Wahlberechtigten nicht nur zu zwei Parteien Nähe empfinden, sondern für deutlich mehr Parteien. Nach Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung haben 23 Prozent der Wahlberechtigten Sympathien für 3 Parteien, 9 Prozent für 4 Parteien und 2 Prozent für 5 Parteien.

Diese hohe Wechselbereitschaft hat auch das Meinungsklima vor der Wahl geprägt. In den Meinungsumfragen gab es kurzfristige massive Veränderungen im politischen Klima, was sich vor allem an der Zustimmung zu Parteien und Kandidaten messen ließ. Bei den Grünen wurde etwa ab Mai und bei der Union ab Juli/August eine sinkende Unterstützung in den Anhängerschaften sichtbar, während sich die SPD in den Umfragewerten erholte. Dies waren die Zeitpunkte als bei der Spitzenkandidatin der Grünen Unstimmigkeiten im Lebenslauf, Verzögerung bei der Meldung von Einkünften an die Bundestagsverwaltung und Plagiatsvorwürfe in einem frisch publizierten Buch bekannt wurden. Im Juli gab es Bilder, bei denen der Spitzenkandidat der Union kichernd während einer Ansprache des Bundespräsidenten für die Opfer der Flut gefilmt wurde.

Folgt man dem Modell, das in der Wahlforschung am häufigsten zur Erklärung von Wahlverhalten herangezogen wird, so gibt es zunächst eine Bindung an Parteien, die der aktuellen Wahlentscheidung vorgelagert ist. Diese grundsätzliche Präferenz für eine Partei ist in

Deutschland mittlerweile einer vielfältigen Offenheit für Parteien gewichen. Die konkrete Wahlentscheidung wird dann in Abhängigkeit von der Bewertung der Kandidaten und der eigenen Orientierung bei politischen Themen getroffen. Je schwächer diese feste emotionale Bindung an Parteien ausgeprägt ist, desto größer wird die kurzfristige Wirkung von Kandidaten und Themen.

Schon lange kann auf Landesebene eine ausgeprägte Tendenz, die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber zu bestätigen, beobachtet werden. Der Amtsbonus erklärt damit das Abschneiden der Parteien zu einem guten Teil. Der Regierungswechsel wird so zur Ausnahme.

Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2018 ankündigte, nicht mehr für das Amt zu kandidieren, trat zum ersten Mal (außer natürlich bei der ersten Bundestagswahl 1949) die Situation ein, dass keine Amtsinhaberin bzw. kein Amtsinhaber kandidierte (unabhängig davon blieben die Wahlberechtigten bis zum Wahltag mit der Arbeit von Angela Merkel sehr zufrieden). Zieht man in Betracht, dass die aus der Sicht der Befragten 10 wichtigsten Politikerinnen und Politiker in der Regel Bundesministerinnen und Bundesminister sind, konnte der SPD-Finanzminister Olaf Scholz im Wahlkampf auf einen Effekt bauen, der einem Amtsbonus am nächsten kam. Der Amtsbonus ist in Wahlkämpfen eine Stütze oder auch ein Puffer, da vor längerer Zeit ein gewisses Vertrauen aufgebaut und eine Einschätzung der Persönlichkeit getroffen wurde. Dies schützt in gewisser Weise auch vor kurzfristig wirkenden Ereignissen. Hier zeigt sich das Fehlen des Amtsbonus bei dem Spitzenkandidaten der Union und der Spitzenkandidatin der Grünen gleichermaßen. Nachdem für die Ausübung des Kanzleramtes eher nebensächliche Dinge in den Fokus der Öffentlichkeit gelangten, sank das Ansehen beider unversehens und bis zum Wahltag änderte sich an der Bewertung der Kandidaten wenig.

So sagen am Ende des Wahlkampfes 48 Prozent der Wahlberechtigten, dass sie Olaf Scholz am liebsten als Bundeskanzler hätten. 24 Prozent nennen den Kandidaten der Union, Armin Laschet, und 14 Prozent hätten am liebsten die Kandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, im Kanzleramt (Forschungsgruppe Wahlen). Alle anderen Fragen der Meinungsforschung folgen diesem Muster. Ob die Frage nach Eignung für das Amt oder nach der Zufriedenheit gestellt wird oder nach Eigenschaften (wie Sympathie, Glaubwürdigkeit, Sachverstand oder Problemlösungskompetenz) gefragt wird, es gibt fast immer die gleiche Reihenfolge: Scholz vor Laschet vor Baerbock. Lediglich in der Sympathie schneidet Baerbock etwas besser ab (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap).

Bei der Bewertung der Parteien kommt die Union gegenüber der Vorwahl auf schlechtere Werte, während SPD und Grüne stagnieren. Die SPD kommt auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala auf den Wert 1,3 (unverändert zur Vorwahl) und die Grünen auf 0,4 (2017: 0,5). Die Union hat gegenüber 2017 einen Imageverlust zu verzeichnen. Sie kommt bei allen Wahlberechtigten auf 0,7. 2017 lag der Wert bei 1,7 (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch bei der Bewertung der Union in der Regierung schneidet sie schlechter ab als 2017. So kam die Union 2017 auf 1,0 und 2021 auf 0,5. Bei der SPD ist hingegen eine vergleichbare Bewertung der Regierung vorhanden. So erreicht sie 2021 0,8 und 2017 0,9. Die Regierung wird insgesamt etwas schlechter als 2017 bewertet. Von 1,0 sinkt der Wert auf 0,8 (Forschungsgruppe Wahlen).

Im Unterschied zu anderen Bundestagswahlen sind die Koalitionspräferenzen nicht stark ausgeprägt. Keine mögliche Koalition findet bei einer Mehrheit Zustimmung. Von den am 27. September rechnerisch möglichen Koalitionen liegt eine Jamaika-Koalition bei den Zustimmungswerten mit 30 Prozent knapp hinter einer Großen Koalition mit 34 Prozent, die wiederum knapp hinter einer Ampel liegt (37 Prozent; eine Deutschland-Koalition wurde nicht

abgefragt; September 2021). 2017 sprachen sich jeweils 40 Prozent für eine Große Koalition und eine schwarz-gelbe Koalition aus weitere 33 Prozent votierten für Schwarz-Grün und 30 Prozent für Jamaika. In einer Umfrage vor der Wahl ist von den realisierbaren Koalitionen Jamaika mit 33 Prozent an erster Stelle (Forschungsgruppe Wahlen).

Das wichtigste politische Problem ist 2021 der Klimawandel mit 46 Prozent der Nennungen. 2017 nannten gerade einmal 6 Prozent das Thema. Dafür ist das Top-Thema der Bundestagswahl 2017, die Migrationsfrage, von 44 Prozent auf 11 Prozent der Nennungen gesunken. Die Pandemie nennen noch 23 Prozent und weitere 12 Prozent die Rente, die bei der Vorwahl von 24 Prozent genannt wurde. Für die eigene Wahlentscheidung sind andere politische Probleme wichtig. Das Thema Rente nennen 48 Prozent und Soziale Gerechtigkeit 45 Prozent, gefolgt von 33 Prozent, die das Thema Klimaschutz angegeben. So gibt es anscheinend eine Agenda für Deutschland und eine persönliche Agenda, die erheblich voneinander abweichen. Zudem machen sich im Wahljahr 2021 pessimistische Zukunftserwartungen breit. Sagten 2017 52 Prozent, Deutschland sei gut auf die Zukunft vorbereitet, sinkt der Wert 2021 auf 39 Prozent. Auch bei der Beurteilung der Wirtschaftslage ist eine Eintrübung sichtbar. 62 Prozent waren 2017 der Ansicht, die Wirtschaftslage Deutschlands sei gut, 2021 sagen dies 42 Prozent. Trotz dieser veränderten Grundstimmung bewerten 65 Prozent ihre eigene Wirtschaftslage als gut. Damit hat sich diese Bewertung gegenüber 2017 wenig geändert (Forschungsgruppe Wahlen, ähnliche Werte auch bei Infratest dimap).

Die Union hat sowohl in den zentralen wahlentscheidenden Themen, wichtigen politischen Problemen, als auch in ihren Kompetenzen gegenüber der Vorwahl deutlich an Akzeptanz eingebüßt. Seit langem lässt sich beobachten, dass die allgemeine Problemlösungskompetenz oder Zukunftskompetenz sich recht gut eignet, ein Wahlergebnis vorherzusehen. Und dies ist auch bei dieser Wahl eingetreten. Trauten 2017 noch 38 Prozent die Lösung der zukünftigen Probleme der Union zu, so kommt sie 2021 auf 22 Prozent. Die SPD verbessert sich geringfügig von 17 auf 20 Prozent, die Grünen von 3 auf 14 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Infratest dimap kommt auf vergleichbare Werte bei der Frage, wer die wichtigsten Aufgaben in Deutschland lösen kann. Die Union sinkt von 49 auf 26 Prozent, die SPD gewinnt von 19 auf 28 Prozent und die Grünen von 4 auf 10 Prozent.

Die Union muss vor allem in ihren Hauptimagefeldern gegenüber 2017 erhebliche Einbußen hinnehmen: Wirtschaft 57:32; Kriminalität 50:35 und Außenpolitik 49:32 (Infratest dimap). Die Kompetenzen der SPD verändern sich hingegen kaum (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap). In der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Sozialen Gerechtigkeit kann die hingegen gegenüber 2017, wenn auch auf niedrigem Niveau, zulegen (Wirtschaft 14:22; Soziale Gerechtigkeit 34:42; Forschungsgruppe Wahlen; Wirtschaft 17:25; Soziale Gerechtigkeit 38:40 Infratest dimap).

Während die SPD in fast allen abgefragten politischen Problemen gegenüber der Vorwahl weitgehend stagniert, büßen die Grünen in ihrem traditionellen Kompetenzfeld der Klima- und Umweltpolitik gegenüber 2017 an Kompetenzen ein (56:48) (Infratest dimap). Andererseits gewinnen die Grünen, auf niedrigem Niveau im Bereich Bildung, Asylpolitik und Familienpolitik gegenüber 2017 hinzu (Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen). Auch die FDP kann gegenüber 2017 einen Zuwachs an Kompetenzen auf niedrigem Niveau verbuchen. In den Bereichen Wirtschaft und Steuern erhält sie zweistellige Nennungen. Veränderungen zeigen sich ebenfalls bei der AfD, die bei den Themen Kriminalität und Migration zweistellige Werte erzielt (Infratest dimap).

Während es zwischen 2017 und 2021 den Oppositionsparteien gelungen ist, Kompetenzen aufzubauen, ist dies bei der Linken nicht erkennbar. Sie muss im Bereich der Sozialen Gerechtigkeit (16:11), Lohngerechtigkeit (14:9), Familienpolitik (10:7) und Altersvorsorge (10:7) Kompetenzeinbußen hinnehmen.

In den Anhängerschaften der Parteien haben Kandidat, Programm und Parteibindung einen unterschiedlichen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt. Mit einem Zuwachs von 14 Punkten auf 36 Prozent hat die Kandidatenfrage sich vor allem in der SPD-Wählerschaft ausgewirkt.⁴ Für die Anhänger der Union ist hingegen das Programm und die Bindung an die Partei um 7 Punkte angestiegen (Programm 45 Prozent, Bindung 30 Prozent). Die Grünen- wie die FDP-Anhängerinnen und Anhänger haben sich stärker als bei der Vorwahl vom programmatischen Angebot überzeugen lassen. Bei der FDP nennen 17 Prozent den Kandidaten (-8 Punkte) und 72 Prozent das Programm (+10 Punkte). Bei den Grünen sagen 82 Prozent (+11) sie hätten die Partei aufgrund der programmatischen Aussagen gewählt. Die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen (71 Prozent), der Union (64 Prozent), der Linken (61 Prozent) und der SPD (60 Prozent) geben überdurchschnittlich häufig an, die Partei aus Überzeugung gewählt zu haben. Deutliche Veränderungen gibt es hingegen bei der AfD und der FDP: Bei der AfD stieg der Anteil der aus Überzeugung Wählenden um 17 Punkte auf 48 Prozent und bei der FDP stieg der Anteil derjenigen, die die Partei aus Enttäuschung wählen um 10 Punkte auf 42 Prozent. Die traditionell geringe Orientierung an Kandidaten und Kandidatinnen ist bei der Linken um 4 Punkte auf 9 Prozent gesunken (InfraTest dimap).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung⁵

Die **SPD** gewinnt aus fast allen Lagern Wählerinnen und Wähler hinzu, am meisten Stimmen bekommt sie von der Union. 1.530.000 ehemalige Unionswählerinnen und -wähler machen nun ihr Kreuz bei der SPD. Von der Linken gewinnt die SPD 640.000 Stimmen und 260.000 von der AfD. Zusätzlich kann sie 180.000 ehemalige FDP-Wählerinnen und -Wähler von sich überzeugen. Auch aus dem Nichtwählerlager gewinnt die SPD 520.000 Stimmen. Lediglich an die Grünen (-260.000) und die sonstigen Parteien (-120.000) verliert die SPD Wählerstimmen.

Die SPD schneidet bei älteren Wählerinnen und Wählern besser ab als bei jüngeren. Zudem verzeichnet sie bei den über 60-jährigen überdurchschnittliche Gewinne, wohingegen sie bei den unter 30-jährigen sogar leichte Verluste zu beklagen hat. Besonders bei den über 60-jährigen Frauen kann die SPD überdurchschnittlich hinzugewinnen ebenso bei Rentnerinnen und Rentnern.

Die **Union** gewinnt lediglich von der AfD (+80.000) und der Linken (+20.000) leicht hinzu. An alle anderen Parteien verliert die Union hingegen Stimmen. 1.530.000 Wählerinnen und Wähler wechseln von der Union zur SPD. Mit 920.000 Stimmen verzeichnet die Union den zweitgrößten Abstrom zu den Grünen. Zusätzlich wechseln jeweils 490.000 Wählerinnen und Wähler von der Union zur FDP und zu den sonstigen Parteien. Auch an das Nichtwählerlager verliert die Union 50.000 Stimmen.

Wie schon bei früheren Wahlen schneidet die Union am besten unter den über 60-jährigen ab und am schlechtesten unter den unter 30-jährigen. Bei den über 60-jährigen liegt sie auf Platz zwei knapp hinter der SPD, bei den unter 30-jährigen landet die Union hinter Grünen, FDP und

SPD. Zusätzlich verzeichnet die Union bei den unter 30-Jährigen sowie bei den 30-44-Jährigen überdurchschnittliche Verluste.

Bei Frauen verliert die Union ebenfalls überdurchschnittlich. Vor allem bei den über 60-jährigen Frauen deutet sich ein überdurchschnittlicher Verlust an. Da die Ergebnisse von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen hier jedoch nicht ganz einheitlich sind, müssen für ein endgültiges Urteil die Daten der repräsentativen Wahlstatistik abgewartet werden. Beide Institute berichten jedoch übereinstimmend überdurchschnittliche Verluste bei den 30-44- (Forschungsgruppe Wahlen) bzw. 35-44-jährigen Frauen.

Zudem verliert die Union überdurchschnittlich bei Angestellten.

Bezogen auf die Konfession zeigt sich das altbekannte Muster: Die Union schneidet bei Katholiken besser ab als bei Protestanten und bei Protestanten wiederum besser als bei Konfessionslosen. In allen drei Gruppen hat die Union allerdings gleich stark verloren im Vergleich zu 2017.

Auch bei der Ortsgröße erzielt die Union nach wie vor bessere Ergebnisse im ländlichen Raum als in großen Städten. Allerdings hat die Union dieses Mal im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark Stimmen verloren.

Die **Grünen** verzeichnen ihren größten Zustrom von der Union. 920.000 ehemalige Wählerinnen und Wähler der Union stimmen nun für die Grünen. Zusätzlich können die Grünen 480.000 ehemalige Linken-Wählerinnen und -Wähler gewinnen. Darüber hinaus wechseln 260.000 Wählerinnen und Wähler von der SPD, 240.000 von der FDP, 100.000 von den sonstigen Parteien und 60.000 von der AfD zu den Grünen. Zudem machen 300.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler nun ihr Kreuz bei den Grünen.

Die Grünen schneiden besonders gut unter jüngeren Wählerinnen und Wählern unter 30 (Forschungsgruppe Wahlen) bzw. unter 34 Jahren (Infratest dimap) ab und hier vor allem unter jüngeren Frauen. In der Gruppe der unter 30-Jährigen sind die Grünen stärkste Kraft. Zudem verzeichnen die Grünen in dieser Gruppe auch die höchsten Zuwächse. Unter den über 60-Jährigen erzielen die Grünen hingegen ein deutlich unterdurchschnittliches Ergebnis. Dafür schneiden die Grünen unter Beamtinnen und Beamten und Personen mit hohem formalem Bildungsabschluss überdurchschnittlich gut ab und gewinnen hier auch überdurchschnittlich hinzu.

Die **FDP** bekommt die meisten Stimmen von der Union. 490.000 Wählerinnen und Wähler wechseln von der Union zur FDP. Außerdem stimmen nun 210.000 ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler für die FDP. Von der Linken erhält die FDP 110.000 Stimmen und 40.000 frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler wählen nun die FDP. Verluste verzeichnet die FDP dagegen zu den Grünen (-240.000), den sonstigen Parteien (-240.000) sowie zur SPD (-180.000).

Die FDP erzielt ähnlich wie die Grünen bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittliche Ergebnisse sowie überdurchschnittliche Zuwächse. Im Gegensatz zu den Grünen schneidet sie besonders gut unter jüngeren Männern ab. Bei den über 60-Jährigen muss die FDP dagegen leichte Verluste hinnehmen. Die FDP erzielt unter Personen mit formal hohem Bildungsabschluss ihre besten Ergebnisse.

Die **AfD** verliert in nahezu alle Richtungen. Lediglich von der Linken kann sie 90.000 Stimmen hinzugewinnen. Die meisten Wählerinnen und Wähler verliert die AfD an die SPD (-260.000),

gefolgt von der FDP (-210.000). Zusätzlich wechseln 180.000 ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler zu den sonstigen Parteien. Auch an die Union (-80.000) und die Grünen (-60.000) verliert die AfD geringfügig Stimmen. Darüber hinaus bleiben 180.000 ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler nun der Wahl fern.

Wie schon bei vorigen Wahlen schneidet die AfD überdurchschnittlich gut in den mittleren Altersgruppen ab, vor allem bei Männern mittleren Alters. Auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern und Personen mit niedrigem oder mittlerem formalen Bildungsabschluss kann sie überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Zudem wird die AfD überdurchschnittlich häufig von Konfessionslosen gewählt. Auch im ländlichen Raum schneidet die AfD besser ab als in großen Städten, in denen sie überdurchschnittlich verloren hat.

Die **Linke** verliert an alle Parteien und an das Nichtwählerlager. Die größten Verluste verzeichnet die Linke in Richtung SPD. 640.000 Wählerinnen und Wähler wechseln von der Linken zur SPD. Auch an die Grünen verliert die Linke 480.000 Stimmen. Zudem wechseln 270.000 Wählerinnen und Wähler von der Linken zu den sonstigen Parteien und 110.000 zur FDP. Kleinere Verluste verbucht die Linke zur AfD (-90.000) und zur Union (-20.000). Darüber hinaus sind 320.000 ehemalige Linke-Wählerinnen und -Wähler ins Nichtwählerlager gewechselt.

Die Linke erzielt ihre besten Ergebnisse bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern. In dieser Gruppe fallen auch ihre Verluste leicht unterdurchschnittlich aus. Auch unter Wählerinnen und Wählern mit einem höheren formalen Bildungsabschluss kann die Linke leicht überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. In der Gruppe der Arbeitslosen schneidet die Linke zwar immer noch überdurchschnittlich ab, verzeichnet aber gleichzeitig überdurchschnittlich hohe Verluste. Gleiches gilt für Konfessionslose.

Die **sonstigen Parteien** gewinnen aus fast allen Richtungen hinzu, lediglich an die Grünen verlieren sie 100.000 Stimmen. 490.000 Wählerinnen und Wähler wechseln von der Union zu den kleinen Parteien, 270.000 von der Linken und 240.000 von der FDP. Auch von der AfD (+180.000) und der SPD (+120.000) kommen Wählerinnen und Wähler zu den sonstigen Parteien. Zusätzlich entscheiden sich 210.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler, ihr Kreuz nun bei einer der sonstigen Parteien zu machen.

¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.

² Vgl. Neu, Viola, 2021: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen, <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/des-waehlers-herz>. Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer Umfrage zu politischen Einstellungen, <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021>.

³ Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer Umfrage zu politischen Einstellungen, <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021>, S. 57.

⁴ Zum Zeitpunkt des Verfassens der Analyse gab es von Infratest dimap Tabellen mit geringfügigen Abweichungen in den unterschiedlichen Quellen des Instituts.

⁵ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autoreinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

Referentin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3554

sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2021, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).